

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. Zusätzl. Postgeb. Einzelnummern 10 Hfg. Alle Postanstalten und Postämter, unter Ausschluss der Postämter, sind für den Bezug des Tagesblattes zu bestellen. Die Bestellungen sind bis zum 15. d. M. zu machen. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen ist nach Vereinbarung zu ermitteln. Die Redaktion ist an der Adresse des Tagesblattes zu erreichen.

Abdruckpreis laut amtlichem Tarif Nr. 4. — Nachmittags-Beilage 20 Hfg. — Verantwortl. Redaktionsleiter: Dr. G. A. A. — Druckerei: Wilsdruffer Druckerei. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 294 — 93. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 18. Dezember 1934

## Der Fall Knorz.

Die Personalpolitik des englischen Präsidenten der Saarregierung, Knorz, hat neuerdings zu einem blutigen Zwischenfall in Saarbrücken geführt. Ein britischer Polizeioffizier — ob er Engländer oder Schotte ist, bedeutet keinen entscheidenden Unterschied — hat mit seinem Kameraden in einem Saarbrücker Lokal eine wilde Nacht verbracht, beiläufig in einem Emigrantensaal. Es ging dabei so „vergnügt“ zu, daß man nicht nur auf den Tisch herumtrieb, sondern daß auch die Einrichtung des Lokals beschädigt, ja, daß es sogar dem Emigrantensaal zu Löwenstein zu viel wurde und er in später Nacht Herrn Knorz persönlich aus dem Schlaf klingelte. Wie Herr Knorz darauf reagierte, ist nicht bekannt.

Zu der gleichen raddaulustigen Stimmung ist man dann im Auto losgefahren, und gleich bald darauf war das Unglück da. Daß man den Herrn Polizeioffizier, der nach all seiner empfindlichen Rücksichtlosigkeit auch noch das Schicksal zog, nicht gerade mit Glacéhandschuhen aus dem Wagen holte, kann man seinem Menschen werden.

Gegenüber diesem Tatbestand muß man als Deutscher schon sagen: Wir haben dergleichen Vorfälle wie diesen da im Saargebiet noch in sehr sozialer Erinnerung! Diese nächsten Radomacher haben ein Benehmen zur Schau getragen, das sich in keiner Weise von dem der Besatzungstruppen aus der Weimarerzeit der Rheinlande und des Saargebietes unterscheidet. Vielleicht ist diese Art des Auftretens in einem ersten Lande bei anderen Völkern Mode. Hier aber handelt es sich um deutsches Land, das nicht erobert ist, sondern ganz im Gegenteil in sehr absehbarer Zeit wieder zu seinem Mutterlande zurückkehren wird.

Die Angelegenheiten des Saargebietes geben diese Ausländer, die von einem ebenso verständnislosen wie unwillkürlichen Mann herbeigerufen wurden, nicht das geringste an; sie hätten sich schon als Privatpersonen größter Zurückhaltung zu betätigen, erst recht aber, wenn sie die verantwortlichen Funktionen von Polizeioffizieren ausüben wollen. Wir Deutschen haben von Polizeioffizieren und ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit eine erheblich andere Vorstellung. Wir können verlangen, daß sich ein solcher Ausländer in unserem Saargebiet völlig korrekt benimmt; wenn er sich aber derart schwere Übergriffe zuschulden kommen läßt wie dieser ansehnliche Schotte Knorz, dann drängt sich den von solcher „Polizei“ betroffenen Saarländern der Eindruck auf, daß sie es nicht mit den zu strengsten Neutralität verpflichteten Beamten, sondern mit den Schweden der Vorsehung zu tun haben. Die haben die Saardeutschen noch in bitterster Erinnerung. Vom November 1918 an hatten sie die fremden Truppen im Lande. Erst am 30. September 1929 zogen die Engländer ab, und am 12. Dezember 1930 haben die Franzosen zum letztenmal (der sogenannte „Bahnsturz“) vor der Trikolore in Parade. Die Leidensgeschichte des Saargebietes verzeichnet in diesem Zusammenhang die während jener Besatzungszeit. Die Saardeutschen haben über genug von „Zwischenfällen“.

Wisser Justice hätte wirklich allen Grund gehabt, den Saardeutschen zu zeigen, daß und wie weit der Britte sich in einem fremden Lande anders gibt als französisches Pilsener, zumal als französischer Marokkaner. Er hätte um so mehr Grund gehabt, als er in Bonn studiert und die Deutschen also genügend kennengelernt hat, um ihr Land und seine Bewohner zu respektieren.

Der Hauptschuldige aber ist in diesem überaus bedauerlichen Fall noch nicht einmal dieser 29-jährige Schotte. Der Hauptschuldige residiert als Präsident der landfremden Saarregierung in dem ehemaligen neuen Landgerichtsgebäude, das über seinem Portal die Inschrift trägt: „Recht für alle.“ Es ist der Engländer Knorz, dessen ganze Amtszeit für die Saardeutschen eine einzige ständige Kränkung und Herausforderung war. Knorz war es, der vom ersten Tage seiner Tätigkeit an seinen Zweifel darüber ließ, daß er sich dort nicht als zur Neutralität verpflichteter Treuhänder des Völkerbundes, sondern als Sachwalter Frankreichs fühlte. Knorz war es, der Frankreich stets in dessen unbedingtem Anspruch auf ein Einmarschrecht bekräftigt hat. Knorz war es, der in einem völlig friedlichen Lande das berüchtigte Emigrantengesindel auf die Bevölkerung losließ, ja sogar Emigranten in leitende Polizeistellen einsetzte. Knorz war es, der es Tag um Tag duldete, daß Emigranten und Separatisten Zwischenfälle provozierten. Knorz war es, der die völlig überflüssige Verstärkung der Saarpolizei durch Ausländer durchsetzte, und Knorz war es schließlich, der fremde „Polizeitruppen“ ins Saargebiet holte, Truppen, deren Polizeicharakter sich u. a. darin ausdrückt, daß sie mit — schweren Kriegswaffen wie Tanks usw. aus England bezogenen. Seit wann brauchen Polizeitruppen Kriegswaffen?

Wahrlich, das Schuldkonto des Herrn Knorz ist allzu groß geworden, und es ist für uns Deutsche keinerlei Trost, daß seine Amtsführung auch in seiner eigenen Heimat vielfach sehr unfruchtbar ist und er sogar schon wiederholt von namhaften Engländern zum Rücktritt aufgefordert wurde. Wenn schon

## Die Erzeugungsschlacht in Sachsen.

Landesbauernführer Körner hatte die sächsische Presse zu einer Besprechung eingeladen, die in erster Linie dazu dienen sollte, die Bedeutung der Erzeugungsschlacht vor der Öffentlichkeit klarzulegen. An der Besprechung nahmen als Vertreter des Wirtschaftsministeriums Ministerialrat Dr. Graf Witzthum und Dr. Gieber teil. Landesbauernführer Körner erinnerte an die große Getreideschlacht in Italien, durch die Mussolini innerhalb von fünf Jahren die Brotgetreideversorgung Italiens gesichert habe. In Deutschland habe man sich noch weitergehende Aufgaben gestellt; man wolle eine allgemeine Unabhängigkeit Deutschlands in der Ernährung vom Ausland erzielen. Der Redner wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Marktordnung hin, durch die man die Ernährungswirtschaft aus dem freien Spiel der Kräfte herausgenommen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet habe.

Zu der Erzeugungsschlacht sprach der Sonderbeauftragte für die Erzeugungsschlacht im Gebiet der Landesbauernschaft Sachsen, Landwirtschaftsrat Dr. Claus. Die Erzeugungsschlacht habe die Aufgabe, eine allgemeine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung herbeizuführen. Die deutsche Erzeugungsschlacht müsse durchgeführt werden, um die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes zu sichern, um die industrielle Rohstoffversorgung und damit Arbeit und Brot für Millionen deutscher Arbeiter zu gewährleisten, um die Ausfuhrmöglichkeiten der deutschen Industrie zu fördern und um neue Arbeits- und Lebensmöglichkeiten innerhalb des deutschen Lebensraumes zu schaffen. Ein Volk, dem das Ausland den Brotkorb nach Belieben abhaken könne, sei ständiger Druck ausgesetzt. Mit Entschiedenheit wandle sich der Redner gegen die Unterstellung, daß das Ausfuhrbedürfnis unserer Industrie auf die Bereinigung von Lebensmitteln aus dem Ausland angewiesen sei. Es handle sich aber vielmehr darum, den deutsch-ausländischen Warenaustausch in gesunde Bahnen zu lenken und die erste Voraussetzung dazu sei die Beseitigung der bedingungslosen Abhängigkeit Deutschlands von der Einfuhr von Lebensmitteln. Erst wenn das Ausland wisse, daß seine Lebensmittelfuhren zufälliger Natur sind, bestehe für es ein zwingender Grund, als Gegenseitigkeit deutsche Industrieprodukte aufzunehmen. Die deutsche Erzeugungsschlacht wirke also letzten Endes ausfuhrfördernd. Die steigende Selbstversorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen habe 1933 im Vergleich zu 1928 eine Devisenersparnis von über vier Milliarden ermöglicht. Die Erzeugungsschlacht solle nun zu weiteren Ersparnissen an Devisen führen im Interesse der industriellen Rohstoffversorgung.

Die Erzeugungsschlacht schaffe neue Arbeits- und Lebensmöglichkeiten innerhalb Deutschlands. Das sei dringender notwendig, da die Schmälerung des Exportes wahrscheinlich anhalten werde. Durch sie solle zudem eine gesunde, habituelle und leistungsfähige Landwirtschaft geschaffen werden, aus der die gesamte Volkswirtschaft neue Arbeit schöpfen könne.

Der Redner ging sodann des näheren auf die agrarischen Maßnahmen ein, die dem Ziele der Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle dienen sollen, ein. Es würden sich auf den verschiedensten Arbeitsgebieten noch ganz außerordentliche Steigerungen erzielen lassen. Dr. Claus warf sodann die Frage auf, ob sich der Erfolg der Erzeugungsschlacht eventuell gegen den Bauer selbst wenden würde. Eine derartige Auswirkung sei heute auf Grund der nationalsozialistischen Agrarpolitik unmöglich. Festzuhalten würden dafür sorgen, daß der Bauer stets ausreichende Preise erhalte. Zeitweilige Produktionsüberschüsse würden durch eine großzügige Vorratswirtschaft ausgenommen und als Reserve für Fälle vorübergehenden Mangels verwendet werden. Die Auslandskonkurrenz werde durch eine Einfuhrregelung ausgeschaltet werden. Die Erzeugungsschlacht bringe also für den Bauer keine Gefahr mit sich, sondern stelle

ihm eine Einnahmesteigerung in Aussicht. Das könne allerdings nur dann gelten, wenn der Bauer seine Erzeugung nach den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen einrichte. Durch die angestrebte Produktionssteigerung werde der Bauer die Möglichkeit erhalten, seinen Betrieb von jeder Kreditnahme unabhängig zu machen. Der letzte Bauernhof werde in die Erzeugungsschlacht hineingezogen werden. Durch planmäßige Schulung durch Zehntausende von Sprechenden werde der Sinn der Erzeugungsschlacht klargelegt werden. Darüber hinaus müsse die ganze Nation mit allen Kräften dazu beitragen, der Erzeugungsschlacht einen großen, nachhaltigen Erfolg zu sichern, denn der Weg zur politischen Freiheit unseres Vaterlandes führe über die Nahrungsfreiheit des Volkes.

In einer Anzahl von Einzelreferaten wurden verschiedene Gebiete der Erzeugungsschlacht näher behandelt. So wies ein Redner auf die Bedeutung der Schafrucht für die deutsche Wirtschaft hin. Der Bedarf der deutschen Textilindustrie an Wolle könne zur Zeit nur noch zu etwa 7 Prozent aus Deutschland selbst gedeckt werden. Seit 1873 sei die Zahl der Schafe in Deutschland von 25 Millionen auf 3,25 Millionen gesunken. In Sachsen, das früher eine in der ganzen Welt berühmte Schafrucht gehabt habe, sei die Zahl in den letzten zwei Jahren nicht unerheblich wieder angestiegen.

Es gelte, durch die Beschaffung selbstgezeugter Faserstoffe die in der Textilindustrie beschäftigten drei Millionen Volksgenossen in Arbeit und Brot zu erhalten. Dabei lägen — speziell in Sachsen — die Verhältnisse recht günstig.

Auch sei genügend Futter vorhanden für die Haltung von Schafen, die nur geringe Anforderung an Wartung und Pflege stellten, seien sowohl Klein- wie Großbetriebe geeignet. Dabei müsse eine Vermehrung der Zahl der Schafe mit einer Leistungssteigerung Hand in Hand gehen. Der Redner wies im einzelnen auf die Maßnahmen hin, die im Interesse der Förderung der deutschen und speziell der sächsischen Schafrucht von der Landesbauernschaft bereits in Angriff genommen sind.

Ein anderer Redner setzte sich mit der Frage der Ertragssteigerung durch Meliorationen auseinander. Er trat dabei mit Entschiedenheit der vielfach geäußerten Ansicht entgegen, daß gerade auf diesem Gebiet in Sachsen wenig mehr zu erzielen sei. Im Mittelpunkt der Meliorationen stünde eine sinnvolle Entwässerung, wozu durch Ertragssteigerungen von 50 Prozent zu erzielen sein würden. Mit Meliorationsarbeiten würden im laufenden Jahre 10 000 Arbeiter beschäftigt. Der Aufwand werde 1934 etwa 20 Millionen Mark betragen, 1933 seien 200 freiwillige Meliorationsgenossenschaften mit etwa 10 000 Beteiligten gegründet worden.

Es seien in Sachsen noch etwa 190 000 Hektar zu entwässern, was einen Aufwand von 224 Millionen Mark erfordern werde.

Die Entwässerungsarbeiten würden etwa 155 Millionen Mark erfordern. Insgesamt seien die Meliorationen in Sachsen auf 470 Millionen Mark zu veranschlagen. Es könnten auf diesem Gebiet 10 000 Arbeiter 43 Jahre lang beschäftigt werden. Aber auch dann werde man nicht am Ziel sein. Es werde melioriert werden müssen, solange es eine Landwirtschaft gäbe.

Die Bedeutung der Grundstückszusammenlegungen für die Leistungssteigerung in der Landwirtschaft behandelte Ministerialrat Dr. Graf Witzthum. In den letzten hundert Jahren seien etwa 200 000 Hektar zusammengelegt worden. Es seien aber immerhin noch 150 000 Hektar zusammenzulegen, wodurch allein 5500 ha neues landwirtschaftliches Aupland geschaffen werden würde. Das Landesministerium habe den Entwurf für einen Zehnjahresplan für die noch durchzuführenden Zusammenlegungen aufgestellt. Es sei zu hoffen, daß die erforderlichen Staatsmittel bereitgestellt werden könnten. Von der Zusammenlegung erwartete man einen jährlichen Mehrertrag von mindestens 430 000 Zentnern an Körnerfrüchten und 450 000 Zentnern Kartoffeln.

Zum Anschluß an die Vorträge entwickelte sich eine rege Aussprache, bei der verschiedentlich auf die Wichtigkeit einer Steigerung des Flachsanbaues, für den insbesondere die höheren Lagen des Erzgebirges in Frage kommen, hingewiesen wurde. Landesbauernführer Körner gab bekannt, daß bereits im letzten Jahr eine erhebliche Steigerung des Flachsanbaues erzielt worden sei und daß mit einer weiteren Steigerung im laufenden Jahr gerechnet werden könne. Das Saatgut sei sichergestellt und gewisse Schwierigkeiten in der Beschaffung von geeigneten Arbeitskräften würden sich überwinden lassen. Im weiteren Verlauf der Aussprache konnte eine weitgehende Klärung über Fragen der Bedeutung und des Sinns der Marktordnungen erzielt werden.

das Auftreten fremder Polizisten zu derartigen Szenen führt wie in Saarbrücken, dann muß man der Anwesenheit fremder Truppen mit Vorsicht entgegensehen. Es wird an dem Präsidenten Knorz liegen, ob er sich jetzt endlich auf seine Amtspflichten besinnen und eine wirklich neutrale Haltung einnehmen will. Die Formulierung des amtlichen Berichtes über den Saarbrücker Zwischenfall läßt freilich noch immer nicht darauf schließen. Zunächst bleibt noch die Hoffnung, daß das Oberste Abteilungsgericht den ganzen Vorfalle mit dem Ernst und der Gerechtigkeit prüfen wird, die die Lage im Saargebiet und die Rücksicht auf seine Bewohner erfordert.

R. A. R.